

Ökonomische Institutionen als soziale Praxis: der Beitrag von Pierre Bourdieu zur "neuen" Wirtschaftssoziologie

Florian, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Florian, M. (2008). Ökonomische Institutionen als soziale Praxis: der Beitrag von Pierre Bourdieu zur "neuen" Wirtschaftssoziologie. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 4292-4301). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-154968>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ökonomische Institutionen als soziale Praxis: Der Beitrag von Pierre Bourdieu zur »neuen« Wirtschaftssoziologie

Michael Florian

Die Wirtschaftssoziologie hat seit Beginn der 1980er Jahre vor allem in den USA eine bemerkenswerte Renaissance erlebt (vgl. z.B. Smelser/Swedberg 1994: 17; Florian/Hillebrandt 2006). Das »Neue« an der *New Economic Sociology* wird dabei insbesondere darin gesehen, dass ökonomische Institutionen als sozial konstruiert begriffen sowie ökonomisches Handeln als ein spezieller und untergeordneter Fall sozialen Handelns betrachtet wird (vgl. z.B. Granovetter 1992: 4f., 1990). Im Vergleich zu älteren Perspektiven lässt sich die *neue* Wirtschaftssoziologie vor allem dadurch charakterisieren, dass sie mit der Frage nach der sozialen Konstitution ökonomischer Institutionen (wie z.B. Märkte, Tauschformen, Preise und Geld) und der Analyse der sozialen Konstruktion wirtschaftlicher Präferenzen, Strategien und Entscheidungen selbstbewusst auf den harten Kernbereich ökonomischer Phänomene zielt, der lange Zeit eine unangefochtene Domäne der Wirtschaftswissenschaft bildete.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welchen Beitrag die Praxistheorie von Pierre Bourdieu in der neuen Wirtschaftssoziologie für das Verständnis und die Erforschung ökonomischer Institutionen als Mechanismen zur Koordination wirtschaftlicher Akteure leisten kann und umgekehrt, welchen Erkenntnisgewinn die Praxistheorie von einer Integration institutionentheoretischer Ansätze erwarten kann. In einem ersten Argumentationsschritt werden einige grundsätzliche Probleme der soziologischen Definition sozialer Institutionen analysiert. Daran anschließend wird zweitens das Verständnis und die Relevanz von Institutionen bei Bourdieu diskutiert. Dabei wird ein praxistheoretisches Konzept sozialer Institutionen vorgestellt, das in einem dritten Schritt für die Analyse ökonomischer Institutionen weiter präzisiert wird. Abschließend soll eingeschätzt werden, welchen Nutzen eine Kombination von Institutionenanalyse und Praxistheorie der Wirtschaftssoziologie bietet.

Probleme der Definition sozialer Institutionen

Bis heute gibt es keine allgemein verbindliche und von allen anerkannte Definition des Institutionenbegriffs. Das Spektrum der Vorschläge reicht von dauerhaft reproduzierten, relativ stabilen sozialen Regelmäßigkeiten (Gewohnheiten, Routinen, Sitten und Gebräuche) über regelähnliche Konventionen bis hin zu normativen Vorschriften und rechtlichen Verpflichtungen, die durch soziale Sanktionen gestützt werden. In den letzten Jahren scheint sich aber in den Sozialwissenschaften eine Sichtweise durchzusetzen, die Institutionen als *sozial* definierte, handlungsleitende Systeme von *Regeln* begreift, die einen *verbindlichen* gesellschaftlichen *Geltungsanspruch* erheben und in den *Erwartungen* der Akteure verankert sind (vgl. z.B. Esser 2000: 2ff.; Maurer/Schmid 2002: 10; Schmid/Maurer 2003; North 1992; Hodgson 2006). Was aber ist unter »Regeln« zu verstehen, worin unterscheiden sich Regeln von nicht-regelhaften Formen sozialer Regelmäßigkeit? Wer »definiert« die Regeln und auf welche Weise werden sie tatsächlich »handlungsleitend«? *Wie* werden solche Regeln in den Erwartungen der Akteure »verankert«? Worauf beruht die »Verbindlichkeit« und *wie verbindlich* wird der Geltungsanspruch (und von wem?) festgelegt? Die weit verbreitete Standarddefinition von Institutionen wirft dabei drei grundsätzliche Probleme auf.

- Erstens ist der Begriff der Regel durch *Mehrdeutigkeiten* gekennzeichnet, die in den einschlägigen Institutionenkonzeptionen bislang weder hinreichend reflektiert noch durch eine präzisere Fassung bewältigt werden (zur Kritik an der Multivalenz des Regelbegriffs vgl. z.B. Bourdieu 1979: 215ff., 1987: 71ff., 187ff., 197ff.; Florian 2006: 90ff.).
- Zweitens stellt sich das analytische und empirische *Problem der Abgrenzung* zwischen Institutionen und nicht-institutionellen Sozialphänomenen. Selbst ein streng an verbindlichen Regeln orientierter Institutionenbegriff muss graduelle Abstufungen in dem *Ausmaß an Verbindlichkeit* vorsehen, zugleich jedoch eine scharfe Grenze ziehen zwischen institutionellen Regeln und jenen sozialen Regelmäßigkeiten, die sich nicht unter die strengen Anwendungsbedingungen des Regelbegriffs einordnen lassen, aber dennoch dauerhaft reproduziert werden. Im vorherrschenden Verständnis wird dieses Unterscheidungsproblem meistens durch eine Bezugnahme auf soziale Normen und Sanktionen geleistet, was aber den Gegenstandsbereich sozialer Institutionen zu stark eingrenzt auf moralisch und rechtlich regulierte Pflichten oder normative Vorschriften. Die sinnvolle Differenz zwischen Institution und Norm geht damit verloren und nicht-normative, an kognitiven Formen der Institutionalisierung orientierte Ansätze – wie sie zum Beispiel für den organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus charakteristisch sind – werden damit kurzerhand disqualifiziert. Auch

- die Kopplung an beobachtbare Sanktionen mag zwar die analytische Trennschärfe des Institutionenbegriffs verbessern, verengt jedoch die dann noch verbleibende Forschungsperspektive unangemessen und tendiert dazu, zweckrationale Anreize des Empfangs einer Belohnung oder der Vermeidung einer Bestrafung mit den Motiven der Befolgung institutioneller Regeln zu vermischen.
- Drittens erscheint die *empirische Relevanz* der oftmals nur idealtypisch unterstellten Regelerorientierung der Akteure zweifelhaft, wenn nur die explizit formulierten Vorschriften und Verpflichtungen sowie die angedrohten Sanktionen an Stelle der *praktischen Präferenzen* der Handelnden berücksichtigt werden. Dies gilt besonders dann, wenn das »Modell der Realität« mit der »Realität des Modells« verwechselt wird und die praktischen Handlungen der Akteure als bloße Ausführung eines soziologisch konstruierten theoretischen Modells erscheinen (vgl. Bourdieu 1987: 75). Der übliche Ausweg, die Geltungsgrenzen formeller Regulierungen durch Hinzuziehen so genannter informeller Regeln auszudehnen, bietet keine akzeptable Lösung, weil dadurch zwar der Gegenstandsbereich erweitert, zugleich aber der Regelbegriff erneut aufgeweicht wird, was eine analytisch präzise Abgrenzung hin zu sozialen Regelmäßigkeiten ohne Regelcharakter erschwert.

Angesichts dieser begrifflichen Probleme des Institutionenkonzeptes stellt sich die Frage, welche Alternativen ein praxistheoretisches Institutionenverständnis anbietet, um die genannten Probleme zu bewältigen?

Verständnis und Relevanz sozialer Institutionen bei Bourdieu

Das Verhältnis von Bourdieu zur Konzeption sozialer Institutionen wirkt sehr zwiespältig. Zum einen scheint die Praxistheorie nicht ohne den Institutionenbegriff auszukommen, der sich wie ein roter Faden durch nahezu alle wichtigen Publikationen zieht. Andererseits aber wird der Institution und Institutionalisierung von Bourdieu trotz der starken Präsenz in seinem Sprachgebrauch nicht der Stellenwert einer praxistheoretischen Grundkategorie zugebilligt. Von einer detaillierten Definition kann erst recht keine Rede sein. So benutzt Bourdieu den Institutionenbegriff zum Beispiel synonym für soziale Einrichtungen aller Art (z.B. für Bildungseinrichtungen), für formale Organisationen, Wirtschaftsformen und den Staat, für Stratifikation, das Recht und die Sprache, für Bildungstitel, Theorien und Sitten sowie für Maschinen und Instrumente. Einerseits kritisiert Bourdieu die Mehrdeutigkeit des Regelbegriffs, dessen soziologische Verwendungsweise nicht präzise genug zwischen dem Verständnis von Grammatik, Moral und Recht unterscheidet (Bourdieu

1987: 188), andererseits spricht er selbst davon, dass der Habitus ein durch »geregelte Improvisationen« begründetes Erzeugungsprinzip von Praktiken und Praxisformen sei (Bourdieu 1979: 170; 1987: 106), ohne näher zu spezifizieren, wodurch genau diese Improvisationen *geregelt* werden und was er in diesem Zusammenhang präzise unter einer *Regel* versteht.

Es gibt nur wenige Textpassagen in Bourdieus umfangreichem Werk, in denen er sich explizit und etwas ausführlicher zum sozialen Phänomen der Institutionen äußert.

»Die Evidenz der *biologischen Individuierung* hat verhindert zu erkennen, dass die Gesellschaft aus zwei voneinander nicht zu trennenden Formen besteht: einerseits den Institutionen, die in Gestalt von physischen Dingen, Monumenten, Büchern, Instrumenten usw. vorliegen können; andererseits den erworbenen Dispositionen, der dauerhaften Art von Sein und Handeln, die sich im Körper niederschlagen (das, was ich Habitus nenne). Der sozialisierte Körper (was man Individuum oder Person nennt) steht nicht im Gegensatz zur Gesellschaft: er ist eine ihrer Existenzformen.« (Bourdieu 1993: 28)

Bourdieu hat stets die Dinghaftigkeit oder Objektivität sozialer Institutionen betont und Institutionen in eine dialektische Relation zu den Habitusdispositionen gestellt (zur Subjekt-Objekt-Dialektik vgl. Florian 2006: 84). Die soziologische Relevanz des Institutionellen findet bei Bourdieu vor allem darin ihren Ausdruck, dass er (nur) zwei Existenzweisen der Sozialität unterscheidet und miteinander in Beziehung bringt: die Institutionen als dinggewordene Geschichte und objektivierte Realisierung des Sozialen mit der in den Körpern der individuellen Akteure inkorporierten Sozialität, die in den Dispositionen, den mentalen, emotionalen und körperlichen Schemata des Habitus, den Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Denkkategorien subjektiviert wird. Am Beispiel des Staates als Prototyp bürokratischer Institutionen wird die Bedeutsamkeit der symbolischen Dimension für die Entstehung, Reproduktion und Transformation von Institutionen deutlich.

»Wenn der Staat in der Lage ist, symbolische Gewalt auszuüben, dann deshalb, weil er sich zugleich in der Objektivität verkörpert, nämlich in Form von spezifischen Strukturen und Mechanismen, und in der ›Subjektivität‹ oder, wenn man so will, in den Köpfen, nämlich in Form von mentalen Strukturen, von Wahrnehmungs- und Denkschemata. Einmal eingeführt, lässt die Institution, die das Ergebnis des Prozesses ihrer Verankerung in den sozialen Strukturen und in den an diese Strukturen angepassten mentalen Strukturen ist, in Vergessenheit geraten, dass sie aus einer langen Reihe von Setzungsakten hervorgegangen ist, und präsentiert sich mit allem Anschein der *Natürlichkeit*.

Aus diesem Grunde gibt es wohl kein mächtigeres Instrument des Bruchs als die Rekonstruktion der Genese: Indem diese die Konflikte und Konfrontationen der ersten Anfänge und damit zugleich auch die verworfenen Möglichkeiten wieder ans Licht bringt, haucht sie auch der Möglichkeit, dass es anders hätte sein können (und immer noch sein kann), neues Leben ein und stellt mit Hilfe dieser praktischen Utopie die eine Möglichkeit unter den vielen, die realisiert wurde, wieder in Frage.« (Bourdieu 1998: 99)

Die zitierte Textpassage, in der Bourdieu in groben Zügen seinen spezifischen Ansatzpunkt zur Erforschung der Genese und Struktur des Staates skizziert, ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Zunächst muss die Betonung von Kontingenz überraschen bei einem Autor, der in der Soziologie bei vielen immer noch als Vertreter eines eingefleischten Strukturalismus und uneingestandenenen Determinismus gilt. Der Verweis auf die nicht realisierten, verworfenen oder – so müsste man ergänzen – durch kollektive Amnesie schlicht vergessenen Möglichkeiten orientiert die soziologische Analyse auf eine Rekonstruktion der frühen Anfänge der Entstehung des Staates als einer Institution, deren lang andauernde Einsetzungsprozesse durch Auseinandersetzungen und Konflikte, durch Kräfteverhältnisse und Kämpfe gekennzeichnet sind, bevor sich der Horizont alternativer Möglichkeiten historisch allmählich zu schließen beginnt und auf jene Entwicklungspfade hin verengt, die sich im Laufe der Zeit zu den bekannten, relativ stabilen Strukturen verhärteten, die den Akteuren dann als einzig mögliche, ja als naturgegeben oder vernünftig erscheinen.

Gleichzeitig – und gewissermaßen gegen Bourdieus gelesen – kann in der Aussage aber auch die grobe Skizze eines praxistheoretischen Forschungsprogramms zur soziologischen Analyse der Genese und Struktur *sozialer Institutionen* gesehen werden. Solch ein institutionentheoretisches Programm hat Bourdieu selbst nicht verfolgt. Aufschlussreich ist aber die praxistheoretische Leitlinie, dass der Weg zur soziologischen Erklärung bereits etablierter Institutionen den Anschein ihrer Natürlichkeit nur durch eine Rekonstruktion ihrer Genese zu enthüllen vermag. Eine wissenschaftliche Analyse sozialer Institutionen setzt einen fundamentalen »Bruch mit den Vorbegriffen und Vorannahmen« (Bourdieu 1998: 94) voraus, die als Selbstverständlichkeiten zu einem festen Bestandteil der unhinterfragten Alltagserfahrung geworden sind. Diese wissenschaftliche Objektivierung muss dann aber in einem zweiten Bruch selbst objektiviert werden, indem die Wahrnehmungen der sozialen Welt durch die Akteure in die soziologische Analyse wieder eingeführt werden (Bourdieu 1987: 52, 1992: 143).

Auf dieser methodologischen Basis lassen sich soziale Institutionen in einer doppelten Existenzweise erfassen: einerseits in ihrer gegenständlichen Objektivität als besondere Strukturformen und Mechanismen sozialer Praxis, andererseits in der subjektivierten Form einverleibter mentaler (und körperlicher) Strukturen (Dispositionen). Erst die Genese und Reproduktion der Wahrnehmungs-, Denk- und Bewertungsschemata des Habitus verleihen Institutionen die für ihre Reproduktion notwendige Legitimität der Fraglosigkeit oder motivieren den für institutionellen Wandel erforderlichen Zweifel an diesen Selbstverständlichkeiten.

Am Beispiel des Staates als einer Art *Meta-Institution* wird zwar die praxistheoretische Bedeutung sozialer Institutionen deutlich, zugleich aber auch offensichtlich, dass Bourdieu es versäumt hat, das Verhältnis zwischen Institutionenbegriff und

Feldkonzeption systematisch und detailliert zu klären. Eine der wenigen Passagen, in denen sich Bourdieu explizit über das Verhältnis von Feld- und Institutionenbegriff äußert, findet sich in einer Fußnote in *Die Regeln der Kunst* (Bourdieu 1999: 365f.). Am Beispiel des literarischen Feldes offenbaren sich die Vorbehalte und Vorurteile gegenüber dem Institutionenbegriff, der aus Bourdieus Sicht im Anschluss an Konnotationen bei Emile Durkheim einen »harmonischen Eindruck von einem höchst konfliktreichen Universum« suggeriere und dadurch wichtige Eigenschaften zum Verschwinden bringe. Es ist jedoch nicht einzusehen, wie das Merkmal schwacher Institutionalisierung, das Bourdieu für die Analyse des literarischen Feldes benötigt, durch die Verwendung des Institutionenbegriffs verschwinden kann, wo doch im Gegenteil die relative Schwäche oder Unvollständigkeit der Institutionalisierung als charakteristische Eigenschaft eines Feldes nur dann soziologisch überhaupt beobachtet werden kann, wenn man bereits über ein zumindest unmerktes, in diesem Fall aber leider auch unreflektiertes Verständnis von Institutionen verfügt.

Eine angemessene praxistheoretische Institutionenkonzeption muss die Analyse sozialer Institutionen in die Bourdieusche »Analyse in Feldbegriffen« integrieren. Am Beispiel ökonomischer Institutionen als einer besonderen Form sozialer Praxis möchte ich diesen Vorschlag im Folgenden plausibel machen.

Ökonomische Institutionen als soziale Praxis

Ökonomische Institutionen (wie z.B. Märkte) lassen sich als eine besondere *Form sozialer Praxis* begreifen, die genau dann vorliegt, wenn die Akteure sich an *relativ dauerhaften, sozial legitimierten Regelmäßigkeiten* orientieren, die eine *gesellschaftliche Geltung* beanspruchen. Dieser Geltungsanspruch ist einerseits *objektiviert* durch soziale Feldstrukturen und durch den im Feld dominierenden *nomos*, an dem sich die Akteure in ihren Praktiken orientieren, und andererseits *inkorporiert* in Habitusdispositionen, d.h. in den Glaubensvorstellungen, den Erwartungen, den Neigungen und in der *illusio* der in den sozialen Feldern operierenden Akteure. Die gesellschaftliche Konstitution, Ermöglichung und Begrenzung von Handlungschancen, die in den Erwartungen der Akteure wahrgenommen werden, sind in den als objektive Fakten fraglos vorausgesetzten Selbstverständlichkeiten der *doxa* auf Seiten der Akteure auf den besonderen *nomos* des ökonomischen Feldes ausgerichtet, d.h. auf die Orientierung an Knappheiten, an der Steigerung des wirtschaftlichen Nutzens und an den hier vorherrschenden Formen *praktischer Vernunft*, die in praktikablen und schlüssigen Regelmäßigkeiten, in typischen Spielregeln und in Sinnsprüchen wie »Geschäft ist Geschäft« (Bourdieu) zum Ausdruck kommt.

Als eine besondere Form sozialer Praxis vermitteln ökonomische Institutionen zwischen den Interessen und Erwartungen der Akteure und gesellschaftlich legitimierten Geltungsansprüchen, die in einem unterschiedlichen Ausmaß mit bestimmten Regelmäßigkeiten verbunden sind, die im soziologischen Standardmodell als verbindliche Regeln beschrieben werden. Diese »Vermittlung« lässt sich praxistheoretisch als eine *Habitus-Feld-Korrespondenz* erklären, die einen doppelten Zugriff auf die Analyse wirtschaftlicher Institutionen erlaubt: Die ökonomischen *Interessen*, *Erwartungen*, und *Orientierungen* der Akteure werden in eine Relation gesetzt zu den *objektiven Strukturen*, die *Märkte als ökonomische Felder* ausbilden und die sich in Form sozialer Ungleichheiten, Status- und Machtdifferenzen (Verteilung der Kapitalsorten), aber auch in Form verbindlicher (moralischer) Pflichten und (erzwingbarer) Geltungsansprüche realisieren können. Allerdings muss die Wirkungsweise solcher institutionellen »Regeln« praxistheoretisch reinterpretiert werden, was sich am Beispiel der am stärksten formalisierten, rechtlichen Ansprüche und gesetzlich fixierten Amtspflichten verdeutlichen lässt (vgl. im Folgenden Bourdieu 2006 am Beispiel der gesetzlichen Regeln des Baurechts).

Ökonomische Akteure orientieren sich zwar an der Erwartung, dass es gesetzliche Verpflichtungen gibt, aber sie können versuchen, die soziale Geltung von Gesetzen, Rechten und Normen in ihre strategische Alltagspraxis zu integrieren. Daraus folgt, dass sie unter bestimmten Umständen eine Gewährung von *Ausnahmen* erwarten und diese auch aushandeln können. Die strategische Nutzung der Ausnahmen von einer »Regel« ist auf beiden Seiten (d.h. bei den Vollziehern bürokratischer Regeln ebenso wie bei den davon Betroffenen) an die mehrdeutige Interpretation von Normalität und von Ausnahmen als Sonderfall gebunden, d.h. an die Normalitätserwartung, dass die Regel eigentlich gilt und alle sich normalerweise auch daran halten. Nur so kann die Interpretation einer Ausnahme von der Regel als besondere Leistung und Gefälligkeit genutzt werden, d.h. als eine Gabe, die Vertrauen weckt, die Dankbarkeit und zu gegebener Zeit auch eine reziproke Gefälligkeit verspricht. Hält sich keiner an die Regel, gilt sie faktisch nicht (mehr) und um die Spezifika ihrer praktischen Geltung kann deshalb nicht gespielt werden, weil ohnehin niemand an die Anwendung der Regel glaubt. Wenn eine Regel im umgekehrten Fall tatsächlich buchstabengetreu stets nach nur einer möglichen Deutung hin ausgelegt und angewendet wird, fehlen ebenfalls Spielräume, die Geltung in der Handlungspraxis flexibel zu handhaben. Erst aus der Sichtweise Bourdieus (2006: 24), wonach »das Spiel mit der Regel Bestandteil der Spielregel ist«, öffnet sich für die Akteure ein besonderes, strategisch nutzbares Handlungsfeld.

Daraus folgt, dass eine praxistheoretische Institutionenanalyse einer feldanalytischen Ergänzung bedarf, um die Struktur und Dynamik der sozialen Praxis ökonomischer Akteure nicht aus den Augen zu verlieren. Die Erforschung objektiver Strukturen (soziale Kräftefelder und Kampffelder) muss dabei kombiniert werden

mit einer Analyse körperlicher und mentaler Strukturen (Habitus-Dispositionen), die eine Voraussetzung für die Aktivierung, Reproduktion und Veränderung institutioneller Begrenzungen und Ermöglicungen darstellen. Die Genese und Reproduktion von sozialen und ökonomischen Institutionen ist von der Wirkung symbolischer Prozesse abhängig, denn eine erfolgreiche Institutionalisierung beruht auf der Erzeugung eines kollektiven Glaubens an die Selbstverständlichkeit der Existenz und die fraglose Legitimität der Institution (*doxa*) sowie auf der Herstellung der individuellen Bereitschaft und Neigung bei den Handelnden, in die Existenz dieser Institution praktisch zu investieren (*illusio*). Die Wahrnehmung und Transformation der durch eine spezifische Geschichte erzeugten Begrenzungen des Optionsraumes ist auf Seiten der Akteure abhängig von der jeweiligen Verfügbarkeit und dem Einsatz ihres *Kapitals*, das zur Veränderung oder Stabilisierung institutioneller Strukturen eingesetzt wird. Die Wirkung institutioneller Grenzen und Ermöglicungen ist aber nicht nur als objektives Kräftefeld zwischen potentiellen Positionen in der Verteilungsstruktur des Kapitals wirksam, sondern wird durch Konkurrenzkämpfe der ihre Interessen verfolgenden Akteure dynamisch ausgestaltet.

Die Analyse ökonomischer Institutionen als Formen sozialer Praxis konzentriert sich somit auf Institutionalisierungsprozesse in deren Verlauf die Entstehung, Reproduktion oder Transformation von Institutionen sich realisiert. Das Habitus-Praxis-Feld-Schema lässt sich als ein Prozessmodell begreifen, in dem der fortlaufende Zyklus der wechselseitigen Beeinflussung der Habitusdispositionen und Feldstrukturen immer wieder in der Reproduktion *oder* Transformation jener subjektiven und objektiven Strukturen mündet, die sich als institutionelle Formen identifizieren lassen. Die Orientierung an der *Prozesshaftigkeit* muss dabei ergänzt werden durch eine *Integration* der heterogenen Eigenschaften von Institutionen, die auf unterschiedlichen Typen sozialer Regelmäßigkeit basieren (vgl. Florian 2006: 93ff.). Die Praxistheorie bietet eine grundsätzliche Erweiterung der Perspektiven, die in zweckrational und normativ ausgerichteten Ansätzen auf diejenigen Anreize und Restriktionen beschränkt sind, die auf Vorschriften und Pflichten basieren. Die normative Einengung der Regelmäßigkeit von Institutionen kann einen großen Teil der institutionellen Alltagspraxis nicht angemessen begreifen. Auch die auf sozialen Routinen und kognitiven Gewohnheiten gründenden Ansätze blenden einen relevanten Bereich der Dynamik institutioneller Prozesse aus, den Bourdieu als »geordnete Improvisationen« auf den praktischen Sinn des Habitus zurückführt. Die *Regelmäßigkeit* und *Verbindlichkeit* institutioneller Regelmäßigkeiten lässt sich als eine spezifische Form sozialer Praxis nicht auf normative Vorschriften, moralische und rechtliche Verpflichtungen einschränken, sondern deckt ein breites Spektrum an verbindlicher Regelmäßigkeit ab, das von nicht-bewussten, vor-reflexiven *praktischen Präferenzen* (Stilisierung, Ethos) über die informellen, aber bewusst und explizit eingeforderten *normativen Vorschriften* bis hin zu den *regulativen Pflichten* der bewusst gestalteten und ex-

plizit erlassenen formalen Rechte, Gesetze und Verträge reicht, die durch die offizielle Sanktionsgewalt gesellschaftlich legitimierter Erzwingungsstäbe (Max Weber) durchgesetzt werden. Der Schwerpunkt des praxistheoretischen Institutionenkonzeptes liegt allerdings auf der (körperlich-) kognitiven Dimension *praktischer Präferenzen*. Anders als die Muss-Verpflichtungen gesetzlicher Verordnungen und die Soll-Erwartungen normativer Vorschriften besitzt der auf *Praktikabilität* und *Schlüssigkeit* ausgerichtete *praktische Sinn* eine schwächere Form der Verbindlichkeit, die als »praktische Präferenz« deshalb aber nicht weniger handlungsrelevant sein muss (zur Bedeutung von Praktikabilität und Schlüssigkeit in der Praxistheorie vgl. Florian 2006: 85).

Fazit

Die Praxistheorie von Bourdieu bietet eine sinnvolle Bereicherung der Perspektiven der neuen Wirtschaftssoziologie, was Bourdieu bereits in seinen Analysen des ökonomischen Feldes der Eigenheimproduktion in Frankreich zeigen konnte (Bourdieu u.a. 2002; Florian 2006: 82f.). Trotz einiger behebbarer theoretischer Mängel und Ambivalenzen (vgl. hierzu ausführlicher Florian 2006: 96ff.) enthält die Praxistheorie einen fruchtbaren Ausgangspunkt für die Erweiterung und sozialtheoretische Einbettung der wirtschaftssoziologischen Institutionenanalyse. Auch wenn Bourdieu keine eigenen Anstrengungen unternommen hat, um eine praxistheoretische Institutionenkonzeption zu entwickeln, die sich mit seiner Feldanalyse kombinieren lässt, zeigt sich, dass es durchaus brauchbare Anknüpfungspunkte für eine Integration von Praxistheorie und Institutionalismus gibt. Besonders hervorzuheben ist dabei die Berücksichtigung ungleicher Strukturen der Verteilung sozialer Handlungsressourcen (Kapitaltheorie, Kräfteverhältnisse), die Beachtung der sozialen und politischen Dynamik von Macht- und Herrschaftsprozessen (Kampffelder), die Orientierung an einer Mehrebenenperspektive ineinander verschachtelter sozialer (Sub-) Felder, die Betonung der symbolischen Strukturierung institutioneller Abläufe sowie die Nutzung einer Subjekt-Objekt-Dialektik in den Habitus-Feld-Relationen, die eine simultane Analyse der Genese und Strukturbildung ökonomischer Institutionen aus einer Prozessperspektive erlaubt. Allerdings sollten deterministische Vorstellungen einer allzu rigiden »Korrespondenz« zwischen Habitus und Feld oder einer starren »Homologie« zwischen Feldern als empirische Hypothesen interpretiert werden, so dass der Grad an Übereinstimmung oder Differenz variieren kann. Trotz ihrer Relevanz für die neue Wirtschaftssoziologie steckt die Analyse ökonomischer Institutionen als besondere Form sozialer Praxis aber noch in den Kinderschuhen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit die praxistheoretischen

Ansatzpunkte sich in systematischer Weise weiterentwickeln und präzisieren lassen und ob sich die Konzeption ökonomischer Institutionen als soziale Praxis vor allem auch in der empirischen Forschung bewähren wird.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1979), *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1987), *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1992), *Rede und Antwort*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1993), *Soziologische Fragen*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998), *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1999), *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (2006), »Das Recht und die Umgehung des Rechts«, in: Florian, Michael/Hillebrandt, Frank (Hg.), *Pierre Bourdieu: Neue Perspektiven für die Soziologie der Wirtschaft*, Wiesbaden, S. 19–41.
- Bourdieu, Pierre u.a. (2002), *Der Einzige und sein Eigenheim*, Hamburg.
- Esser, Hartmut (2000), *Soziologie. Spezielle Grundlagen*, Bd. 5, *Institutionen*, Frankfurt a.M./New York.
- Florian, Michael (2006), »Ökonomie als soziale Praxis. Zur wirtschaftssoziologischen Anschlussfähigkeit von Pierre Bourdieu«, in: ders./Hillebrandt, Frank (Hg.), *Pierre Bourdieu: Neue Perspektiven für die Soziologie der Wirtschaft*, Wiesbaden, S. 73–108.
- Florian, Michael/Hillebrandt, Frank (2006), »Einleitung: Soziologische Praxistheorie und die neue Wirtschaftssoziologie«, in: dies. (Hg.), *Pierre Bourdieu: Neue Perspektiven für die Soziologie der Wirtschaft*, Wiesbaden, S. 7–18.
- Granovetter, Mark (1990), »The Old and the New Economic Sociology: A History and an Agenda«, in: Friedland, Roger/Robertson, A.F. (Hg.), *Beyond the Marketplace: Rethinking Economy and Society*, New York, S. 89–112.
- Granovetter, Mark (1992), »Economic Institutions as Social Constructions: A Framework for Analysis«, *Acta Sociologica*, Jg. 35, S. 3–11.
- Hodgson, Geoffrey M. (2006), »What Are Institutions?«, *Journal of Economic Issues*, Jg. 40, S. 1–25.
- Maurer, Andrea/Schmid, Michael (Hg.) (2002), *Neuer Institutionalismus. Zur soziologischen Erklärung von Organisation, Moral und Vertrauen*, Frankfurt a.M./New York.
- North, Douglass C. (1992), *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen.
- Schmid, Michael/Maurer, Andrea (Hg.) (2003), *Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus. Interdisziplinäre Beiträge und Perspektiven der Institutionentheorie und -analyse*, Marburg.
- Smelser, Neil J./Swedberg, Richard (Hg.) (1994), »The Sociological Perspective on the Economy«, in: dies. (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*, Princeton, N.J., S. 3–26.